

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 2

Artikel: Falsches Kalkül auf allen Seiten?
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zum Jugoslawien-Konflikt

Falsches Kalkül auf allen Seiten?

Nur mit einer grossen Portion politischer Naivität ist die These anzunehmen, dass die Serben auch ohne ausländische Ermutigung und Hilfeleistung gewagt hätten, einen Eroberungskrieg gegen das selbständig gewordene Kroatien und Bosnien-Herzegowina zu führen. Wenn Serbien wirklich rund um seine Grenzen und auch weltweit isoliert wäre, so hätte Präsident Milošević kaum erklären können, dass sein Land trotz UNO-Embargo alles hat, was zur Fortführung seines kriegerischen Kurses notwendig sei. Belgrad hat in der Tat in Ost und West einige gute Freunde.

Man darf nicht vergessen, dass die Europäische Gemeinschaft nur auf deutschen Druck bereit war, Slowenien und Kroatien und später Bosnien-Herzegowina als unabhängige Staaten anzuerkennen. Frankreichs Präsident Mitterrand und Regierungschef Bérégovoy aber verheimlichten auch später nicht, dass sie mit ihrer Sympathie auf der Seite der Serben stehen. Anfangs waren auch die Briten gegen jeden Plan, der darauf abzielte, den brutalen Krieg der Serben zu stoppen.

Frankreichs Festhalten an Klein-Entente

Alles deutet darauf hin, dass Frankreich an der nach dem Ersten Weltkrieg selbst geschaffenen Friedensordnung von Versailles bis zuletzt festhalten will. Damals hatten die Franzosen mit britischer Assistenz die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn zerstückelt und drei neue Staaten (Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei) kreiert, die dann in das französische Bündnis-system (Klein-Entente) eingebunden wurden. Damit ging es schon damals um die Eindämmung des deutschen Einflusses in Ostmittel- und Südosteuropa, und dieses Ziel der Franzosen blieb offenbar bis heute unverändert — trotz der grossen Freundschaft mit Bonn in der EG, wo Frankreich auf die starke deutsche Wirtschaft angewiesen ist.

Bislang hatte jeder politische Schritt der Franzosen und auch der Briten im Jugoslawien-Konflikt das offensichtliche Ziel, die Serben zu scho-

nen und einen Militäreinsatz der UNO oder NATO zu verhindern. Auch der jüngste Vorstoss der Franzosen bei der UNO, das Flugverbot für die Serben über Bosnien-Herzegowina mit Gewalt durchzusetzen und Schutzzonen für die bosnische Bevölkerung einzurichten, hindert die Serben nicht im geringsten, in Bosnien militärisch weiter vorzudringen.

Dadurch ist noch mehr sichtbar geworden, wohin die Reise geht: Die Franzosen möchten offensichtlich, dass von dem zusammengebrochenen Jugoslawien unter serbischer Herrschaft soviel erhalten bleibt wie nur möglich. So wird Belgrad wieder Zeit gewinnen können, seine Kriegsziele zu erreichen, nach der Verkleinerung Kroatiens auch noch Bosnien-Herzegowina grosse Teile zu entreissen.

Griechische Eigeninteressen

Das serbische Kalkül geht dahin, dass die Westmächte — zur Verhinderung eines grösseren Balkankrieges — die Eroberungen in Kroatien und Bosnien in einem Friedensvertrag sanktionieren werden. Dabei darf Belgrad auf die freundschaftliche Unterstützung eines dritten EG-Staates, nämlich Griechenlands, hoffen. Athen würde gern verhindern, dass Jugoslawien weiter zerfällt, insbesondere dass das benachbarte Mazedonien, das seine Unabhängigkeit von Belgrad längst erklärt hatte, wirklich ein selbständiger Staat wird.

Nordgriechenland ist nämlich von den gleichen makedonischen Slawen bewohnt, die möglicherweise ihren Anschluss an Skopje auch mit Gewalt durchsetzen wollten, um ein Grossmakedonien zu bilden. So besteht eine enge Interessengemeinschaft zwischen Athen und Belgrad in der makedonischen Frage. Daher rührt es, dass sich zwischen dem Kommunisten Milošević und dem konservativen griechischen Regierungschef Mitsotakis während des Jugoslawien-Krieges freundschaftliche Beziehungen entwickelten.

So gelang es dem griechischen Premier beim EG-Gipfel in Lissabon im



Juni, die Anerkennung Makedoniens mit dem fadenscheinigen Argument zu verhindern, dass dieses das Wort «Makedonien» nicht in seinem Staatsnamen führen dürfe. Mitsotakis vermochte auch im Dezember auf dem EG-Gipfel in Edinburgh seinen Standpunkt durchzusetzen. In einem Brief an die EG-Regierungschefs hatte er behauptet, Athen habe zahlreiche positive Initiativen gegen «Skopje» unternommen, um die Spannungen abzubauen. Auf diese Vorstösse, die das Angebot wirtschaftlicher Hilfe mit der Garantie der territorialen Integrität verbunden hätten, habe Skopje mit zunehmenden Provokationen reagiert.

In Wirklichkeit sieht die griechische Haltung ganz anders aus. Selbst die Brüsseler EG-Kommission warf Mitsotakis in Edinburgh vor, Griechenland halte Waren zurück, die

für Makedonien bestimmt seien, und durchbreche das Embargo gegen Serbien. Athens Makedonien-Politik ist eindeutig proserbisch.

Neuer Panlawismus?

Aber der unbeugsame Wille des Serbenführers Milošević, die Schaffung Grossserbiens mit militärischer Gewalt zu erzwingen, ist allein mit diplomatischer Hilfe genannter EG-Staaten nicht zu erklären. Entscheidende politische und materielle Hilfe bekam Belgrad von Anfang an aus Moskau. Die letztere erhielten die Serben vom militärisch-industriellen Komplex und vom sowjetischen Militär, die dies auch ohne die Zustimmung Jelzins tun können.

Doch auch die Jelzin-Regierung, die keine ideologische Verwandtschaft mit den serbischen Kommunisten

bindet, war bislang immer gegen einen westlichen Militäreinsatz zum Schutz der abtrünnigen Republiken des früheren Jugoslawien. Das enge freundschaftliche Verhältnis zwischen Russen und Serben, das zwar Titos Bruch mit Stalin unterbrach, datiert von der grossen panslawischen Welle des vergangenen Jahrhunderts und von der Waffenbrüderschaft zur Zurückdrängung des Osmanischen Reiches vom Balkan in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg. Russische Hilfssendungen können Serbien über das Schwarze Meer und die Donau nach wie vor ungehindert erreichen.

Ohne die stillschweigende Rückenbedeckung des sowjetischen Militärs hätte es Milošević nie gewagt, Kroatien und Bosnien so brutal anzugreifen. Die Hoffnung des serbischen Präsidenten, eines Tages von Moskau offene Unterstützung zu erhalten, scheinen nicht so unrealistisch, wenn man den dramatischen Machtkampf im Kreml zwischen Jelzin und den Reformgegnern von links und rechts betrachtet.

Moskau in der Klemme

Es ist auch kein Zufall, dass der russische Aussenminister Kossyrew beim KSZE-Treffen Mitte Dezember in Stockholm die 51 Teilnehmerstaaten mit einer haarsträubenden Erklärung schockierte. Jelzins von seiner prowestlichen Haltung bekannter Chefdiplomate trug den ahnungslosen Zuhörern vor, dass die NATO und die Westeuropäische Union unverändert eine Expansionspolitik betreiben. Er warf den beiden militärischen Bündnissen vor, ihre Positionen in den baltischen Staaten und in anderen Regionen der früheren Sowjetunion auszubauen und sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einzumischen. Die Sanktionen gegen Serbien-Montenegro seien von dieser Politik diktiert und müssten umgehend aufgehoben werden. Serbien könne auf die Unterstützung Grossrusslands zählen.

Zwar hatte Kossyrew dieses Statement eine halbe Stunde später widerrufen. Er wollte, wie er sagte, mit dieser Erklärung die KSZE-Länder

aufrütteln und die Ernsthaftigkeit der russischen Staatskrise mit einer konstruierten aussenpolitischen Wendung illustrieren, die ihm von an die Macht gelangten Nationalisten und Ultra-Konservativen hätte diktiert werden können. Was auch immer aber den russischen Aussenminister zu diesem üblen Scherz veranlasste, die Reaktion mehrerer Aussenminister in Stockholm signalisierte, dass die Möglichkeit derartiger Drohungen aus Moskau von nun an durchaus ernst genommen wird.

Unterschätzung der islamischen Solidarität

Trotz allem: Es gibt triftige Gründe für die Annahme, dass der Westen eine offene und demonstrative Unterstützung Moskaus für Serbien, wie es beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges geschah, auch im Falle einer Machtergreifung der alten Kommunisten und Nationalisten im Kreml in der heutigen Konstellation kaum zu befürchten hat. Seit Monaten schlug die beinahe ungeteilte Empörung der islamischen Welt hohe Wellen, dass Serbien an den moslemischen Bosniern Völkermord begeht und die Westmächte diesen «Religionskrieg» tatenlos zulassen.

So wäre also eine offene Hilfe der Russen zugunsten der Serben mit dem grossen Risiko verbunden, dass Moskau nicht nur die ganze arabische Welt, sondern auch die 50 Millionen Moslime in den ehemaligen Sowjetrepubliken von Aserbaidschan bis Kirgisien gegen sich aufbringt. Daran dachte Milošević möglicherweise noch nicht.

Diese Gefahr für die Russen wäre noch wesentlich grösser, wenn die Serben ihre «ethnische Säuberung» auf die Provinz Kosovo übertragen wollten, wo neben zwei Millionen moslemischen Albanern nur 200 000 Serben leben. Wenn man bedenkt, dass eine weitere Million Albaner in den benachbarten Montenegro und Makedonien leben, wird erst die Tragweite dieses bevorstehenden Konflikts klar. So müssten die Russen sogar grosses Interesse daran haben, dass die Kämpfe nicht auf Kosovo ausgeweitet werden.

Entscheidungsschlacht in Amselfeld?

Doch egal wie der Krieg in Bosnien ausgeht, eine Kollision zwischen Serben und Albanern scheint unvermeidlich, zumal die Möglichkeiten für Kompromisse von Belgrad verwirrt worden sind. Die Serben betrachten Kosovo — Amselfeld — als nationales Heiligtum, wo sie in der Zeit des grossserbischen Reiches zwei grosse Niederlagen gegen die auf dem Balkan vordringenden Türken erlitten hatten.

Erstmals wurden die Serben unter dem Zaren Stefan Duschan 1389 besiegt, und dann 1448 in einem gemischten Heer unter dem ungarischen Feldherrn János Hunyadi, der später in serbischen Volkssagen wie ein mythischer Held erschien. In der Tat war damals Amselfeld ein zentraler Teil des serbischen Reiches — zusammen mit dem heutigen Albanien. Aber das heutige Vojvodina (Banat und Batschka) mit Belgrad gehörte Ungarn an. Der nördlichste Teil des damaligen Serbien lag etwa 100 Kilometer südlich von Belgrad.

Unter der mehr als 300jährigen türkischen Herrschaft haben sich die ethnischen Grenzen auf dem Balkan verschoben. Daher lässt sich ein einwandfreier Anspruch der Serben auf Amselfeld aufgrund der damaligen Grenzen nicht ableiten, nach der Parole: Was einmal serbisch war, bleibt immer serbisch. Und nach den bekannten Methoden der «ethnischen Säuberungen» kann man drei Millionen Albaner schwer vertreiben.

Zum Widerstand hat Milošević die Albaner geradezu provoziert, als er 1989 Kosovo-Amselfeld den Autonomie-Status entzog und die Provinz

unter serbische Verwaltung stellte. Bei dieser unklugen Aktion wurden noch dazu 100 000 albanische Beamte und Lehrer entlassen. Damit war eine Kompromisslösung praktisch zunichte gemacht.

Vor Internationalisierung des Konflikts?

Miloševićs Kosovo-Kurs war eigentlich die auslösende Ursache des ganzen Jugoslawien-Konflikts. Das hat die Slowenen und Kroaten veranlasst, sich von den Serben zu trennen, was schliesslich zum Zerfall des Vielvölkerstaates führte. Voriges Jahr haben die Albaner auch für ihre Unabhängigkeit gestimmt und zugleich erklärt, sie wollten nach der Auflösung Jugoslawiens keineswegs unter serbischer Herrschaft leben.

Wenn die Serben in Kosovo zu schiessen beginnen, wird der Konflikt internationalisiert. Die türkische Regierung hat mit Albanien ein Sicherheitsabkommen abgeschlossen, wobei Ankara erklärte, es könne nicht gleichgültig bleiben, wenn die Kosovo-Albaner von den Serben bedrängt würden. Wird Amselfeld auch ein drittes Mal ein Wendepunkt in der Geschichte Serbiens? Wenn es dazu käme, würde wahrscheinlich fast die ganze islamische Welt sich hinter die Türken stellen.

Die Westmächte sind jetzt schon unter Zeitnot, ein Konzept zu entwickeln, um einer derartigen Ausweitung des Jugoslawien-Konflikts vorzubeugen. Leider haben die Präsidentschaftswahlen in Belgrad in der serbischen Haltung keine Änderung gebracht. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's